



Gerda Hasselfeldt

Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordnete des Wahlkreises Fürstfeldbruck/Dachau
Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag

Gerda Hasselfeldt, MdB – Platz der Republik 1 – 11011 Berlin

BürgerStrom Dachau G. i. Gr.

Zugspitzenstraße 7

D-85221 Dachau

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Wilhelmstraße 68

☎ (030) 227 - 70877

☎ (030) 227 - 76776

✉ gerda.hasselfeldt@bundestag.de

Wahlkreis

Dachauer Straße 8

82256 Fürstfeldbruck

☎ (08141) 16305

☎ (08141) 16210

✉ gerda.hasselfeldt@wk.bundestag.de

Berlin, den 18. April 2012

Photovoltaikförderung und Deckelung

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich danke Ihnen für Ihre Email, in dem Sie mir Ihre Bedenken gegen die Deckelung beim Photovoltaikzubau schildern.

Die CSU-Landesgruppe steht nach wie vor zum beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien. Der Photovoltaik kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Eine breite Bürgerbeteiligung bei der Umsetzung dieses Vorhabens begrüße ich daher sehr. Eine erneute Anpassung der Förderung für Photovoltaikanlagen war allerdings notwendig, um der veränderten Marktsituation Rechnung zu tragen und finanzielle Fehlanreize und Überförderungen zu vermeiden. Angesichts der beachtlichen Höhe der Fördersummen, mit dem wir den Umbau unseres Energiesystems voranbringen wollen, müssen wir regelmäßig überprüfen, wie sich die von uns vorgenommenen Ausbauziele mit den Geboten der Wirtschaftlichkeit und Bezahlbarkeit in Einklang bringen lassen.

Begünstigt durch die hohen Vergütungssätze für Photovoltaikstrom und die gesunkenen Systemkosten war es im letzten Jahr zu einem gewaltigen Zubau an neuen Anlagen gekommen, vor allem gegen Jahresende. Das geplante jährliche Ausbauziel wurde dabei bei weitem übertroffen. Um die eingetretene Überförderung abzubauen und die Kosten für die Bürger und Unternehmen, die die Photovoltaikstromförderung über die sog. EEG-Umlage tragen, im Rahmen zu halten, war es notwendig, die Fördersätze und -regeln für die Solarenergie den veränderten Rahmenbedingungen anzupassen. Ziel der christlich-liberalen Koalition ist es, die EEG-Umlage im Bereich von 3,5 Cent/kWh zu halten, damit Strom für die Verbraucher weiterhin bezahlbar und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft mit ihren vielen Arbeitsplätzen erhalten bleibt. Zudem müssen wir beim Ausbautempo der Photovoltaik darauf achten, dass die Stabilität unserer Stromnetze nicht gefährdet wird.

Der CSU-Landesgruppe war es von Anfang an ein wichtiges Anliegen, dem Vertrauensschutz ausreichend Rechnung zu tragen. Wir von der CSU konnten bei den Verhandlungen dann auch erreichen, dass der Stichtag für die Förderungsänderung vom ursprünglich vorgesehenen 9. März auf den 1. April 2012 verlegt wurde. Ferner haben wir uns erfolgreich für

